

## INTERNATIONAL

6 STREIKWELLE IN DEN USA

## BRD

8 BUNDESWEITE STREIKS IM  
ÖFFENTLICHEN DIENST

## FRAUEN

10 §219A-STREICHUNG: LASST  
EUCH NICHT BLENDEN!

## BERLIN

12 VERLOGENE PLÄNE DER  
NEUEN LANDESREGIERUNG

## HAMBURG

14 KINDERÄRZTEKNAPPHEIT  
IN ARBEITERVIERTELN

## BREMEN

16 DAS ENDE VOM ANFANG

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18 BERICHT EINER PFLEGERIN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20 BALD ANDAUERENDE  
RECHTSGRUNDLAGE FÜR  
AUSGANGSSPERREN?

## KULTUR

22 TAGEBUCH EINES  
HILFSHANDWERKERS

## **INHALT**

- |           |                            |  |
|-----------|----------------------------|--|
| <b>4</b>  | <b>BILD DES MONATS</b>     | <b>HAMBURG: STREIK IM<br/>ÖFFENTLICHEN DIENST</b>  |
| <b>6</b>  | <b>INTERNATIONAL</b>       | <b>STREIKWELLE IN DEN USA: „ZEIT, DASS<br/>WIR UNS ZUSAMMENZUSCHLIESSEN!“</b>              |
| <b>8</b>  | <b>BRD</b>                 | <b>BUNDESWEITE STREIKS IM<br/>ÖFFENTLICHEN DIENST</b>                                      |
| <b>10</b> | <b>FRAUEN</b>              | <b>ÜBER DIE STREICHUNG DES §219A –<br/>LASST EUCH NICHT BLENDEN!</b>                       |
| <b>12</b> | <b>BERLIN</b>              | <b>„ZUKUNFTSHAUPTSTADT BERLIN“:<br/>VERLOGENE PLÄNE DER ANGEHENDEN<br/>LANDESREGIERUNG</b> |
| <b>14</b> | <b>HAMBURG</b>             | <b>KINDERÄRZTEKNAPPHEIT IN DEN<br/>ARBEITERVIERTELN HAMBURGS</b>                           |
| <b>16</b> | <b>BREMEN</b>              | <b>DAS ENDE VOM ANFANG</b>   |
| <b>18</b> | <b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b> | <b>DIE AKTUELLE SITUATION DER PFLEGE:<br/>BERICHT EINER PFLEGERIN</b>                      |
| <b>20</b> | <b>BADEN-WÜRTTEMBERG</b>   | <b>BALD ANDAUERENDE RECHTSGRUNDLAGE<br/>FÜR AUSGANGSSPERREN?</b>                           |
| <b>22</b> | <b>KULTUR</b>              | <b>KURZGESCHICHTE:<br/>TAGEBUCH EINES HILFSHANDWERKERS</b>                                 |

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Präsentation des Koalitionsvertrags hat die neue Regierung der BRD, angeführt vom Mafioso Olaf Scholz, der sich bereits vor seiner Amtszeit als Kanzler einen Namen als Total-Korrupter gemacht hat, Ende November stolz ihren Plan für die kommenden vier Jahre dargelegt. In all den Punkten liest sich das Streben der deutschen Imperialisten, ihren Staat umzugestalten, um zukünftig mehr Profit aus dem Schweiß und Blut der Arbeiterklasse und dem Volk schöpfen und diese Position verteidigen zu können. Wie es der kommende Finanzminister Christian Lindner ausdrückt: *„Privates Kapital, das wir nun endlich entfesseln wollen“*. Ein Generalangriff auf den 8-Stunden-Tag, Zunahme der auf Lohnarbeit (meist Minijobs) angewiesenen Rentner, Umgestaltung der Rentenversicherung zu einer Geldmaschine, deren Kapital ihre Wirtschaft ankurbeln soll – diese und noch viele weitere Aspekte werden uns mit geschmückten Formulierungen im Koalitionsvertrag präsentiert. Im diesem Zuge streben sie auch die „Modernisierung des Staats“ an. Das bedeutet, ihn dafür zu rüsten, unseren Widerstand mehr und mittels größerer Zentralisierung des Staats zu unterdrücken. Man beabsichtigt, *„staatliches Handeln schneller und effektiver machen und besser auf künftige Krisen vorbereiten.“* Der Föderalismus, den man einst aufgezwungen bekommen hat, um vermeintlich eine Rückkehr des Faschismus zu verhindern, soll überwunden werden. International trachten sie danach, ihre Monopole, ihre Halbkolonien, ihre Macht zu verteidigen und ihre „ökonomische Stärke neu zu begründen“, mit dem permanentem Streben, sich zu einer Supermacht zu entwickeln. Sie stützen sich dabei weiterhin auf die EU als Werkzeug, was nicht zuletzt Scholz betont, wenn er sagt, *„es ist unsere [als bevölkerungsreichstes Land im Herzen Europas] Aufgabe, dieses Europa voranzubringen“*.

Über die Krise des Parlamentarismus können die Ampelparteien auch nicht vollends schweigen, so steht laut Vertrag *„auch in Deutschland die pluralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck.“*, und Robert Habeck von den Grünen bezweifelt, dass *„man überhaupt noch von politischen Lagern sprechen kann“*, d.h. der Streit unter den Parteien, die „Vielfalt“ des Parlaments, am Absterben ist. Genauso wenig politische Auseinandersetzung, wie es zwischen den bürgerlichen Parteien gibt, gibt es bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags vor der Presse. Nachdem sich die Ampel-Parteien gegenseitig gelobt haben, kommt es zu einer wahrhaft peinlichen Fragerunde für bürgerliche Medien, in dem sich keiner bemüht, auch nur ein kritisches Wort über die größtenteils skandalbelasteten Politbonzen und ihre Heuchelei zu verlieren. Einzig ein Journalist vom „Telegraaf“ aus Amsterdam konfrontiert Olaf Scholz mit seiner Leugnerei um die Treffen mit der Warburg-Bank und seinem 47-Millionen-Geschenk an vom Gericht als Kriminelle definierte Leute. Die Antwort von Olaf ist einfach, über den Kampf gegen „Kriminalität“, über die Stärkung der Polizei mit allen notwendigen Mitteln zu reden. Er sagt einfach überhaupt nichts zu dem Punkt, ignoriert die Frage – im Stile eines Paten eben. Dem niederländischen Journalisten wird ein Nachhaken mit dem Vorwand „Eine Frage pro Person“ verboten. Das zdf-Hauptstadtstudio hingegen darf zwei Fragen stellen. So viel zur „Verteidigung der Demokratie“, die die Regierungsparteien andauernd erwähnen.

Es sei erwähnt, dass die soziale Basis dieser Regierung schnell anfangen wird, Risse zu bekommen. Mit großen Ansagen haben sich die bürgerlichen Parteien während des Wahlkampfes Stimmen von den Massen gekauft; vieles an Versprechen werden sie nicht umsetzen können. Und auch die Befriedungsmaßnahmen wie für die Jugendlichen, die unter anderem mit der Legalisierung von Cannabis bestochen und ruhig gehalten werden sollen, werden in ihrer Wirkung nach einer Zeit verpuffen. Dieser Regierung wird es schon in nicht allzu langer Zeit an Rückhalt fehlen, und das wird sich auch im Kampf hierzulande ausdrücken.

Dieses Jahr hat sich die ökonomische Krise auf der Welt vertieft, und der Kampf der Völker, besonders der der armen Bauern, hat bedeutende Fortschritte gemacht – und auch die Kommunisten schreiten voran. Im letzten Viertel des Jahres steigt in vielen imperialistischen Ländern die Zahl der Streiks bereits deutlich an, weshalb wir diese Ausgabe uns dem Thema Arbeitskampf besonders widmen. Alles in allem haben wir ein Jahr des Kampfes erlebt, das mehr denn je gezeigt hat, dass der Imperialismus vor seinem Untergang steht. In diesem Sinne, auf ein Jahr 2022 mit größeren Kämpfen und größeren Siegen für das internationale Proletariat und die Völker der Welt!

**BILD DES MONATS**

Michael T. ...  
Reinigung • HDW-Schneiden 2500 bar  
Anti-Entfernung • Reinigung historischer  
Oberflächen  
Wendenstraße 292 • 20537 Hamburg  
0 / 25 489 544 u. 0171/18 120 18

RK-  
Rob  
Gerüstsch  
www.

**DEN TEUFELSKREIS  
DURCHBRECHEN FÜR  
EINE KÄMPFERISCHE  
GEWERKSCHAFT!**

An den Streiks im öffentlichen Dienst, die diesen November stattfanden, nahmen auch proletarische Revolutionäre teil und forderten, wie hier in Hamburg, eine kämpferische Gewerkschaft. Mehr zur Parole auf dem Transparent ist auf Seite 8 im BRD-Artikel zu lesen.

*Quelle: Dem Volke Dienen*

anen  
t Kröger GmbH  
tzmontagen  
planen.de

GEW

## STREIKWELLE IN DEN USA: „ZEIT, DASS WIR UNS ZUSAMMENZUSCHLIESSEN!“



*Streik von John-Deere-Angestellten Mitte Oktober*

**M**itten im reichsten und mächtigsten Land der Welt wehren sich zehntausende Arbeiter gegen zunehmende schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne. Es gab in diesem Herbst eine Welle an Streiks in den USA mit großer Beteiligung von Beschäftigten aus unterschiedlichen Bereichen. Die Zahl der Unternehmen, die bestreikt werden, liegt gegen Anfang November um 180 herum, allein im Oktober waren es 39, an denen 24.000 Arbeiter teilnahmen.

In den Bundesstaaten Iowa, Illinois, Kansas, Colorado und Georgia haben über zehntausend Arbeiter des Traktorenherstellers „John Deere“ (jährliche Profite im Milliardenbereich) mit einem dreiwöchigen Streik den Betrieb lahmgelegt. Sie lehnten mitunter die Unterzeichnung einer von der Gewerkschaft *United Auto Workers (UAW)* und *John Deere* ausgehandelten Vereinbarung zur Erhöhung des Lohns ab, denn dieser behält die wesentlichen Punkte des Vertrags von der *UAW* und *John Deere* aus dem Jahr 1997 bei, in denen festgelegt wurde, dass nach 1997 angestellte Arbeiter nur noch die Hälfte von den davor angestellten verdienen und ihre Gesundheitsversorgung in der Rente nicht mehr gewährleistet wird. So begründete ein Angestellter seine Entscheidung, gegen den Vertrag zu stimmen, damit, dass sein Vater damals, als er in Rente ging, mehr verdient hätte als er selbst mit dem neuen Vertrag. Die Arbeiter bei *John Deere*

kämpfen gegen das zweistufige System und diese dreckige Art der Lohnsenkung über langen Zeitraum und fordern eine gerechte Bezahlung sowie **gleichen Lohn für gleiche Arbeit**. Da das Unternehmen nicht in der Lage gewesen ist, ausreichend Streikbrecher, also Leute, die brav weiterarbeiten und dem Streik so den Wind aus den Segeln nehmen und für ein „Weiter so“ eintreten, einzustellen, hatte der Streik schnell gute Erfolgchancen. Die Wut der Arbeiter ist zudem wegen des fahrlässigen Umgangs der Firma mit der Sicherheit der Arbeiter gestiegen. Ende Oktober starb in Milan, Illinois, ein Arbeiter von *John Deere*, nachdem er beim Überqueren einer Straße auf dem Weg zum Streik vor einem Logistikzentrum der Firma für Bauteile von einem Auto angefahren wurde. An jener Straße müssen die Streikenden nun parken, weil sie als Konsequenz für den Streik nicht mehr auf firmeneigenen Gelände parken dürfen. Begünstigt wurde der Tod dadurch, dass einige Laternen auf der Straße mit Beginn des Streiks ausfielen. Das ist vermutlich auf die Verantwortlichen von *John Deere* zurückzuführen, da sie als Druckmittel gegen den Streik auch schon andernorts die Infrastruktur kaputt machten, wie z.B. in Davenport, Iowa, wo sie Stühle und Brennfässer von der Straße vor dem Werksgelände verbannen ließen. Die Stadt Milan war von den Arbeitern bereits über die ausgefallenen Lampen informiert worden, unternahm aber bewusst nichts und trägt damit auch das Blut des getöteten Arbeiters

an ihren Händen. In dem gleichen Zeitraum gab es durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen zahlreiche Unfälle von als Ersatzbeschäftigte eingesetzten Büroangestellten, und *John Deere* hörte aus Angst vor dem öffentlichen Echo auf, Unfallberichte zu schreiben. Das Beispiel von *John Deere* zeigt im Gesamten, dass ein solcher Streik, führen die Arbeiter ihn richtig, enorme Auswirkungen haben kann. Und, dass die Chefs der Unternehmen, je mehr sie in Bedrängnis geraten, umso mehr ihr wahres Gesicht zeigen.

Eine ähnliche Situation mit einem Zweistufensystem bei den Löhnen gibt es seit Jahren bei dem Cerealien-Produzenten *Kellogg's*. Mitarbeiter, die nach 2015 eingestellt wurden, bekommen deutlich niedrigeren Lohn, haben weniger Urlaubsanspruch und eine schlechtere Kranken- und Rentenversicherung. Das bei einer Arbeit, bei der 12-Stunden-Schichten zum Alltag gehören, ermöglicht durch den Tarifvertrag, laut dem das Unternehmen kurzfristig die Schichten um bis zu acht Stunden verlängern darf. 1400 Arbeiter haben Stand Anfang November den Cornflakes-Riesen in den USA bestreikt, ein Drittel von ihnen sind nach 2015 eingestellt. *Kellogg's* sieht sich durch den Produktionsausfall gezwungen, Ware aus Großbritannien und Mexiko zu importieren und weiterzuverkaufen.

Viele regionale Streiks gibt es derweil unter Fahrern von Kraftfahrzeugen, besonders von Schulbussen. Im Berkeley County in South Carolina, im Howard County in Maryland, im Cumberland County und im Wake County in North Carolina, im Lee County in Florida und vielen anderen Landkreisen über das ganze Staatsgebiet der USA verteilt organisierten Schulbusfahrer Streiks oder auch kollektive Krankenschreibungen an einem Tag (sogenannte „sick-outs“). Die Zahlen belaufen sich dabei teils auf mehrere Hundert Fahrer. Lieferfahrer des Spirituosenhändlers *Johnson Brothers* in North Kingstown, Rhode Island, sind seit mehr als einem halben Jahr im Streik. Die Firma hat Verhandlungen strikt verweigert und obendrein versucht, die Auszahlung von Arbeitslosengeld an die Streikenden zu verhindern, indem man behauptete, die Arbeiter wären im September offiziell ersetzt worden. Ein Fahrer bestätigte, dass man auf jeden Fall bis zur Erfüllung der Forderungen den Streik fortsetzen würde, und fügte hinzu: *„Wir wollen nicht als Sklavenarbeiter hier draußen eingesetzt werden.“* Die Kapitalisten haben auch andere Antworten auf den Streik, die mindestens genau so dreist sind. Die Busfahrer für die regionale Verkehrskommission von

Washoe County in Nevada, um die Stadt Reno, haben im November ihren dritten Streik innerhalb von vier Monaten begonnen. Auch das zweite Angebot war ein schlechter Witz; es beinhaltete Lohnerhöhungen, die nicht einmal mit den aktuellen Inflationsraten mithalten. Viele Busfahrer von anderen Unternehmen solidarisierten sich mit dem Protest, so sagte einer:

*„Die Leute der Arbeiterklasse müssen wissen: Es ist Zeit, dass wir uns zusammenschließen. Wir müssen uns nicht nur einzeln in Gewerkschaften zusammenschließen, sondern uns als Ganzes vereinen, um diese Einstellung der Unternehmen zu überwinden, dass sie einfach über alle hinweggehen können.“*

Im Gesundheitswesen planten 32.000 Mitarbeiter beim Gesundheitsversorger *Kaiser* Mitte November, zu streiken, woraufhin es dann am Vorabend eine Einigung auf einen Vertrag, der offiziell ein Zweistufensystem verhindert, gab. Auch Krankenschwestern in Buffalo, New York und St. Louis streikten gegen ihre Arbeitsumstände, z.B., dass die Bewohner des von Pflegeheimen unbeaufsichtigt *„in ihrem eigenen Urin und ihren Fäkalien sitzen“*. Studenten und festes Personal an Universitäten führen den Arbeitskampf ebenfalls über das ganze Land verteilt. An der Columbia University in New York streikten 3000 studentische Hilfskräfte für bessere Löhne und gesundheitliche Versorgung. Mitunter sabotierten sie eine Vorlesung des Rektors der Universität und marschierten dann gemeinsam los, um vor seinem privaten Haus zu protestieren.

Die Streiks in den USA beweisen wieder, dass auch im Herzen der Bestie des Yankee-Imperialismus der Klassenkampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern stattfindet, und wie der Kampf der Arbeiter voranschreitet. Was den Streiks fehlt, ist eine Führung, die fest auf der Seite der Arbeiter steht, die die ökonomischen Forderungen mit dem politischen Kampf der Arbeiterklasse verbindet – die Kommunistische Partei. Die Revolutionäre in den Vereinigten Staaten entfalten in vielen Betrieben des Landes Arbeit für den ökonomischen Kampf und geben den Arbeitskämpfen auf der Website *Tribune of the People* einen Widerhall – mit Zusammenfassungen über die Entwicklungen in den USA, aber auch mit zahlreichen Interviews mit Arbeitern über ihre wirtschaftliche Situation. So wird der Grundstein dafür gelegt, dass in Perspektive auch in den Vereinigten Staaten der Arbeitskampf von Kommunisten geführt wird und somit langfristige Erfolge erzielen kann. •

## BUNDESWEITE STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST



*Warnstreik in Bremen im November*

Im November und Dezember riefen unterschiedliche Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst auf. In zahlreichen Städten der BRD gingen Tausende auf die Straßen, um die Forderungen von ver.di, GEW und Co. umzusetzen. An den Streiks beteiligten sich unter anderem Mitarbeiter der Behörden, Lehrer, Erzieher, Schulhausmeister, Gebäudereiniger und auch studentische Beschäftigte. Allein die große Beteiligung der Beschäftigten ist ein klares Signal, das zeigt, dass die Kampfbereitschaft für bessere Arbeitsbedingungen vorhanden ist. Bei Streiks an Unikliniken in Nordrhein-Westfalen beteiligten sich am 16. November mehr als 2000 Arbeiter. In Hamburg waren es am 24. November rund 4000 beschäftigte, die auf die Straße gingen, in Bremen waren es am selben Tag rund 2000, sowie sich auch in Hannover rund 2000 Beschäftigte versammelten.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wurde dann am 01. Dezember verkündet. Um 2,8 Prozent statt ursprünglich geforderten 5 Prozent mehr (mit dem Zusatz: aber mindestens 150 Euro mehr pro Monat) sollen die Gehälter ab Dezember 2022 steigen. Dazu soll eine einmalige sogenannte „Corona-Prämie“, die bei dem Tarifvertrag von 24 Monaten bei etwa 55 Euro monatlich liegt, ausbezahlt werden. Damit wird die Mindestforderung von 150 Euro mehr pro

Monat in den allermeisten Fällen saftig unterboten. Bei der aktuellen Inflation, die bei gut 5 Prozent liegt, schafft der neue Tarifvertrag nicht mal dafür einen Ausgleich.

Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind von der Wirtschaftskrise und ihren Folgen betroffen. Im Unterschied zu den Streiks der Arbeiter in privaten Unternehmen hat der Streik der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die Besonderheit, dass der Staat seine Angestellten braucht, um ihn am Laufen zu halten. Nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der staatlichen Unternehmen spielen für die herrschende Klasse eine Rolle. Die Angestellten im öffentlichen Dienst sorgen dafür, dass die Bildungseinrichtungen, die Ämter – kurz die Infrastruktur des Staates – funktioniert. Die Funktion des Staates muss, insbesondere in Zeiten der Krise, gewährleistet sein, um die Stabilität des System nicht zu gefährden.

### KRISEN KEHREN IMMER WIEDER

Zurzeit zeigt sich wieder der Teufelskreis, in dem wir uns befinden. Das imperialistische System erlebt immer wiederkehrende Krisen, die immer verschärfter auftreten. Sie entwickeln sich als Teil der allgemeinen Krise des Imperialismus, der fortschreitend zerfällt und

zeigt, dass er kein überlebensfähiges System ist. So beruhen die Krisen nicht auf irgendwelchen einzelnen Fehlern, Misswirtschaft oder gar auf Zufällen, wie oft behauptet wird, sondern sind eine notwendige Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie treten immer wieder auf, sie gehören zum System dazu, wie die Milch zur Kuh gehört. In den letzten Jahrzehnten wurde das immer wieder deutlich. Um ein paar Beispiele zu nennen: Im Jahr 2000 entwickelte sich die sogenannte Dotcom-Blase oder auch Telekomkrise, die durch massenhaft Investitionen ins damals noch recht neue Internet entstand. Als klar wurde, dass die gewünschten Gewinne nicht erzielt werden können, platzte die Blase, sodass zahlreiche Schließungen von Unternehmen folgten. Um die Krise abzufedern, werden Zinsen gesenkt, damit einfacher Geld geliehen und neu investiert werden kann, um neue Profite aus anderen Märkten zu erzielen. Eine gängige Methode, die aber eben nur dazu dient, abzufedern, anstatt das Problem zu lösen. Einige Jahre später – von 2007 bis 2009 – entwickelt sich die weltweite sogenannte „Finanzkrise“, die so gut wie jedem, der damals alt genug war, im Kopf geblieben ist. Die Krise, die sich in diesem Moment entwickelt, ist eine Überproduktionskrise. Das bedeutet, dass mehr produziert wird, als gekauft werden kann. Es gibt zu viel Industrie, zu viele Waren und Lebensmittel, die das Ausmaß, in dem überhaupt konsumiert werden könnte, weit übersteigen. Die Bourgeoisie bleibt auf ihren Erzeugnissen sitzen. Es wird nicht mehr investiert, weil es sich nicht mehr lohnt. In Zeiten dieser Wirtschaftskrisen, die die Imperialisten, um Stabilität vorzugaukeln, selbstverständlich nicht als solche benennen, werden uns die Errungenschaften, die wir Arbeiter uns erkämpft haben, wieder genommen und muss dann wieder erkämpft werden. Dann geht es wieder verloren und so weiter, bis dieser Teufelskreis endlich durchbrochen wird. So haben wir in den letzten gut zwei Jahren zahlreiche Angriffe auf unsere Errungenschaften ertragen müssen. Mit den Änderungen in den Gesetzen zur Bestimmung der Kurzarbeit wurde sie von einer Ausnahme zur Regel erklärt. Für uns bedeutet es am Ende weniger Lohn, da unsere Arbeitskraft wegen der Überproduktion weniger gebraucht wird. Ein anderes Beispiel ist, was die Ampel-Regierung in ihrem im Dezember unterschriebenen Koalitionsvertrag festgeschrieben hat. So wollen sie *„...Möglichkeiten zur Abweichung von den derzeit bestehenden Regelungen des Arbeitszeitgesetzes hinsichtlich der Tageshöchst Arbeitszeit schaffen“*, was in klaren Worten gesprochen nichts anderes als einen Generalangriff auf den 8-Stunden-Tag darstellt. Weniger Lohn durch andauernde Kurzarbeit

und Abschaffung des 8-Stunden-Tages sind nur die Spitze des Eisbergs eines umfassenden ökonomischen Angriffs der deutschen Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse.

## ENTSCHEIDEND IST DER KAMPF

Die Geschichte des Proletariats ist gezeichnet vom Kampf. Alles, was sie uns jetzt streitig machen, haben wir uns früher erkämpft, so muss auch heute der Weg des Kampfes gewählt werden. In den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zeigten die Beschäftigten, dass sie kämpfen wollen. Allerdings macht die Führungsebene der großen Gewerkschaften schon vor Beginn des Kampfes deutlich, dass sie nicht für den Sieg angetreten waren: In einem Interview vom 04. November in der ver.di-Mitgliederzeitung „Publik“ (Ausgabe 07/2021) sagte der wissenschaftliche Direktor am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung – die eine Stiftung der DGB-Gewerkschaften ist – Sebastian Dullien: *„In den Tarifverhandlungen ist es hierzulande nie so, dass das, was Gewerkschaften als Forderungen aufstellen, dann auch die Ergebnisse wären.“* Schon bevor konsequent versucht wurde, die Forderungen durchzusetzen, erklärt die ver.di so ihre Kapitulation in ihrer Zeitung. Aber in dieser Haltung liegt das Problem und sie repräsentiert nicht die tausenden Kollegen, die Schilder und Transparente trugen und Parolen riefen, um die Forderungen durchzusetzen.

So sollte der Weg, den wir gehen müssen, klar sein. Die Krise entwickelt sich weiter und die Bourgeoisie wird nicht davor zurückscheuen, diese weiter auf die Arbeiter und das Volk abzuwälzen. So darf uns nicht unsere Angst steuern, dass wir das, was wir haben, verlieren könnten. Der Geist muss sein, zu kämpfen, denn nur durch den Kampf auf der Arbeit können wir erhalten, was wir haben und gewinnen, was wir noch erreichen wollen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass es in diesem System immer Viele gibt, die arbeiten und wenige, die oben sitzen und an unserer Arbeitskraft verdienen. Alles, was wir errungen haben, kann verloren gehen, solange der Teufelskreis nicht durchbrochen ist und ein neues System geschaffen wurde, indem Arbeiten nicht mehr Ausbeutung bedeutet, sondern dazu dient, die Gesellschaft und das Volk voranzubringen; nicht für den Profit einiger Weniger, sondern für das Wohl aller. •

## ÜBER DIE STREICHUNG DES §219A – LASST EUCH NICHT BLENDEN!

Die Sondierungsgespräche der bürgerlichen Parteien SPD, den Grünen und FDP sind vorbei, der Koalitionsvertrag ist ausgehandelt und die neue Regierung steht. Sie gibt sich aufbruchsbereit, ja, jetzt wird alles sozialer, wird alles besser für alle. Neben den normalen Themen der Sozialpolitik, der Umweltpolitik oder auch den Wirtschaftsthemen, hat es auch ein Thema in den Koalitionsvertrag geschafft, an das sich andere Parteien in den vergangenen Regierungen nicht herangetraut haben: Die Abtreibung.

Abtreibungen sind in der BRD immer noch nach dem Paragraphen 218 des deutschen Strafgesetzbuches ein Tötungsdelikt. Er ist lediglich durch den Zusatz von §218a unter bestimmten Bedingungen unter Straffreiheit gesetzt. Wer jetzt jedoch hofft, dass dieses Gesetz, was 1871 eingeführt wurde, gestrichen wird, wird bitter enttäuscht. Denn dieses Gesetz wird, mal wieder, nicht von den jetzt regierenden Parteien angetastet und bleibt somit bestehen.

### DIE WIRKLICHE

### „REPRODUKTIVE SELBSTBESTIMMUNG“?

Im Koalitionsvertrag steht lediglich unter der Überschrift „Reproduktive Selbstbestimmung“:

*„Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Wir stellen Versorgungssicherheit her. Schwangerschaftsabbrüche sollen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten Gebsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern setzen wir wirksame gesetzliche Maßnahmen entgegen. Wir stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicher. Schwangerschaftskonfliktberatung wird auch künftig online möglich sein. Ärztinnen und Ärzte sollen öffentliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Daher streichen wir § 219a StGB.“*

Diese geplanten Änderungen stellen – wenn umgesetzt – erst mal für sich Verbesserungen für

Frauen dar, die ungewollt schwanger sind und abtreiben wollen. Seit Jahren gehen die Zahlen von Ärzten, die Abtreibungen anbieten zurück, seit 2003 ist ein Rückgang von fast 46% zu verzeichnen, viele Frauen müssen weite Wege auf sich nehmen, um eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Mit darein spielt auch, dass Abtreibungen nicht zu der Standardausbildung von Ärzten gehören, stattdessen wird in eigens organisierten Kursen anhand einer Papaya (ja, das Obst!) gezeigt, wie man diese vornimmt. Laut der Bundesärztekammer ist jedoch ein weiterer Faktor besonders verantwortlich dafür, dass sich immer weniger Ärzte für das Angebot der Abtreibung entscheiden: Der Paragraph 219a – der Paragraph, der jetzt aufgehoben werden soll. Laut dem Strafgesetzbuch heißt dieser Paragraph „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“. Wer sich jetzt vorstellt, dass das Werbung im Sinne von schreiend leuchtender Reklame mit lächelnden Ärzten betrifft, die die Frauen zu Abtreibungen auffordern, irrt sich gewaltig. Es geht lediglich darum, dass Ärzte nicht aus finanziellem Interesse heraus Schwangerschaftsabbrüche anbieten, ankündigen oder anpreisen dürfen und auch nicht in „grob anstößiger Weise“ dafür „werben“ dürfen. Zwar wurde der Paragraph im Jahr 2019 reformiert und Ärzte durften öffentlich machen, dass sie Abtreibungen anbieten, aber nicht mit welchen Methoden. Das bedeutete für ungewollt Schwangere einen erschwerten Zugang zu Informationen, die bei der Wahl des behandelnden Arztes unterstützen können. Das soll nun geändert werden und Frauen sollen sich direkt bei den Ärzten nach den Abtreibungsmethoden, die angeboten werden, informieren können. Das bedeutet zwar, dass die Frauen weniger gehindert werden, bei der Informationsbeschaffung zu Abtreibungen, ändert aber nicht, dass sie objektiv immer noch einen Tötungsdelikt begehen wollen – auch wenn dieser offiziell straffrei ist, und selbst das nur unter bestimmten Bedingungen.

### LANGER KAMPF GEGEN §219A

Die aktuell geplante Streichung des §219a erfolgt nun zu einer denkbar günstigen Zeit für die Bourgeoisie. Spätestens seit dem prominenten Fall von Kristina Hänel, einer Frauenärztin, die von Abtreibungsgegnern vor Gericht gebracht wurde, weil sie auf ihrer Website

öffentlich machte, dass sie Abtreibungen vornimmt, ist die Streichung des Paragraphs 219a eine der wichtigsten Forderungen innerhalb der hauptsächlich kleinbürgerlichen Frauenbewegung in der BRD. Ganze Demonstrationen wurden dagegen geführt, es gab zahlreiche Proteste vor Gerichtssälen, in denen Ärzte verurteilt wurden, weil sie über diese Leistung informierten.

## FREUT EUCH NICHT ZU FRÜH

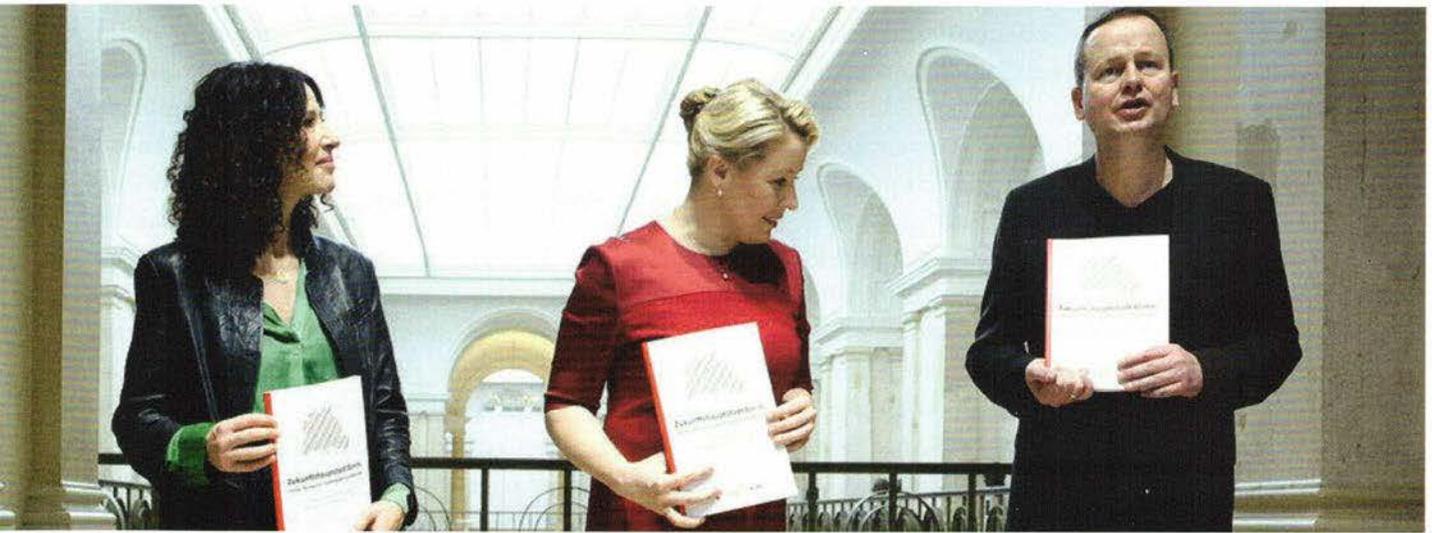
Mit der jetzt geplanten Streichung des §219a erfüllt die neue Regierung der BRD also genau die Forderung, die große Teile von Frauen mobilisierte. Natürlich kann man davon sprechen, dass Frauen jetzt eine Verbesserung bei der Informationsbeschaffung haben und auch in ihrer Ärztwahl freier sind. Aber was ist es wert, wenn trotzdem immer weniger Ärzte Schwangerschaftsabbrüche anbieten und die komplizierte Vorgangsweise – mit diversen Beratungsgesprächen, in denen immer noch das ungeborene Leben im Zentrum stehen muss mit anschließenden drei Tagen Bedenkzeit und dann dem eigentlichen Abbruch – bleibt bestehen. Das, was die neue Regierung im Koalitionsvertrag unter „reproduktiver Selbstbestimmung“ verzeichnet, ist nicht mehr als ein Krümel, der der Frauenbewegung in der BRD hingeschmissen wird. Es reiht sich ein in die weiteren scheinbar „progressiven“ Veränderungen, die anstehen. Am Ende ist es aber einfach nur eine Bestechung der Frauen, die gezeigt

haben, welches Mobilisierungspotential sie aufbieten können. Das Ziel der Bourgeoisie in diesem Land ist es nicht, eine tatsächliche Verbesserung geschweige denn die Emanzipation der Frauen zu erlangen. Die Streichung des §219a bedeutet letztendlich, dass die „reproduktive Selbstbestimmung“ für Frauen bleibt, wie es ist. Vielleicht wird es ein bisschen bequemer, aber die tatsächlich wichtigen Punkte werden nicht angetastet. Die Streichung des Paragraphen ändert nichts daran, dass Abtreibungen ein Tötungsdelikt sind, es ändert nichts daran, dass in der BRD trotz scheinbar fortschrittlichen Gesetzen am Ende des Tages immer noch der Schutz des ungeborenen Lebens vor dem der Frau steht – auch wenn es niemand offen sagt. Der §219a kann jederzeit wieder eingeführt werden, je nachdem, wie es der Bourgeoisie passt. Demnach kann die Befreiung der Frauen nicht abhängig vom „guten Willen“ der herrschenden Klasse sein. Sie kann nur erreicht werden, indem diese abgeschafft wird. Auf dem Weg zu dieser freien Gesellschaft, in der die Frau ihre Befreiung verwirklichen kann, gilt es, das Er kämpfte zu verteidigen. Die Parole „*Kämpft und wehrt euch!*“ gibt genau die Notwendigkeit wieder, dass die erkämpften Erfolge, wie jetzt die Streichung des §219a, verteidigt werden müssen, weil die Bourgeoisie nie etwas einfach so geschenkt hat und die Rechte sofort wieder wegnehmen kann. Wichtig ist es, im Kampf nun weiter zu gehen und die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen §218 als Tagesforderung auf die Straßen zu tragen. •



*Eine Forderung, der auch die neue Regierung nicht nachgekommen ist*

## „ZUKUNFTSHAUPTSTADT BERLIN“: VERLOGENE PLÄNE DER ANGEHENDEN LANDESREGIERUNG



*Die Köpfe der neuen rot-rot-grünen Koalition mit der betrügerischen Bürgermeisterin Giffey (SPD) in der Mitte*

**W**ie auch auf Bundesebene wurde Ende November in Berlin ein Koalitionsvertrag dreier Parteien vorgestellt. SPD und Grüne koalieren hier jedoch mit der Linkspartei anstatt der FDP. Solche Verträge sind zunächst einmal ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Fraktionen der herrschenden Klasse, die sich auf einen Plan für den deutschen Imperialismus geeinigt haben. Auf Bundesebene steht der tatsächliche Fortbestand dieses Plans für die vier Jahre unter Druck, da er die Basis der jeweiligen Parteien untergräbt und wegen den Machtkämpfen zwischen den Parteien und auch in den Parteien selbst. In Berlin repräsentiert der Koalitionsvertrag erstmal ein gewisses „weiter so“ der letzten fünf Jahre der Regierung. Das heißt vor allem auch, sich den Plänen der Bundesregierung zu beugen, die den strategischen Interessen des deutschen Imperialismus entsprechen. Der Druck auf die angehende Bundesregierung ist zwar vermutlich höher als auf die Koalition auf Landesebene, vor allem da dies die zweite Amtszeit dieser Koalition ist. Es ist aber auch leicht zu sehen, dass sich auf viele Punkte nicht geeinigt wurde und der Koalitionsvertrag viele Themen nur ernennt und relativ wenig tatsächliche Beschlüsse enthält. Ein Beispiel ist die Ausweitung der Videoüberwachung an sogenannten  *kriminalitätsbelasteten Orten*  („kbO“). Die SPD hatte diese gegen Ende der letzten Amtszeit „temporär“ gefordert, die Grünen und die Linkspartei haben zu diesem Zeitpunkt, vermutlich in einem verfrühten Wahlkampf, dagegen gestimmt. Nun steht im Koalitionsvertrag, dass zusätzliche Videoüberwachung an den kbO durchgeführt und alle sechs Monate neu

bestätigt werden muss. Dabei ist kbO allerdings nicht näher definiert, was unter anderem zentraler Punkt der Diskussion des letzten Antrags war. Wenn die neue Landesregierung sich tatsächlich um die Überwachung kriminalitätsbelasteter Orte kümmern möchte, sollte sie vielleicht die Videoüberwachung in den Innenräumen der SPD-Parteizentrale ausbauen, und nicht in der Öffentlichkeit. Hier werden sicherlich größere Geschäfte gemacht als im Görlitzer Park. An vielen Stellen wie diesen versucht der Koalitionsvertrag die bestehenden Uneinigkeiten der Regierung und damit möglichen Probleme unter den Teppich zu kehren.

Beispielsweise steht in dem Koalitionsvertrag über den Volksentscheid, Wohnungsunternehmen wie „Deutsche Wohnen“ zu enteignen, nur, dass sie eine Expertenkommission gründen wollen, die zunächst ein Jahr beraten soll, bevor möglicherweise überhaupt etwas passiert, während Vonovia schon mit Hochdruck daran arbeitet, die Deutsche Wohnen zu übernehmen. Während klar ist, dass auch die Umsetzung des Entscheides die Wohnungsprobleme in Berlin nur gering verändern würde, ist es dennoch eine der größeren Bürgerkampagnen der letzten Jahre, die sich gegen die Vertreibung aus der Stadt und die steigenden Mieten gestellt hat. Dass sie legal und durchsetzbar ist, wurde im Übrigen im Prozess der Unterschriftensammlungen schon bestätigt, sie soll von der Kommission aber erst einmal neu überprüft und Gesetzesentwürfe entworfen werden, obwohl schon einer vorhanden ist. Da diese größere Kampagne immer wieder Thema war, auch im

Wahlkampf, sind die vermeintlichen Positionen der Parteien klar. Giffey hatte gesagt, dass sie den Volksentscheid nicht umsetzen wolle, die Linkspartei hat sich dafür ausgesprochen und innerhalb der Grünen kam es drauf an wen man gefragt hat. Diese „Lösung“ ist aber nur ein Aufschieben und ein Hinhalten der Leute, die trotz der massiven Hürden, die der Kampagne immer wieder in den Weg gestellt wurden, den Volksentscheid durchgebracht haben. Die Lösung für Wohnungen sieht der Vertrag im Neubau von 20.000 Wohnungen im Jahr bis zum Jahr 2030, von denen auch nur die Hälfte sozial oder billig sein sollen. Wie die Regierung vorhat, diesen Plan umzusetzen, nachdem sie in der letzten Regierung an den festgelegten jährlichen 6.000 gescheitert sind, erklären sie auch nicht.

Ähnlich der Bundesregierung hat auch die Länderebene beschlossen, eine Führungspersönlichkeit aus der SPD mit nicht weit in der Vergangenheit liegenden „Skandalen“ zu wählen. Das Ausmaß des Betruges und der persönlichen Bereicherung von Giffey und ihrem Ehemann haben jedoch nicht das Ausmaß von denen vom Paten Scholz. Schließlich ist Giffey nur zurückgetreten, als bekannt wurde, dass ihre Doktorarbeit sowohl Plagiate als auch Fälschungen und erlogene Quellenangaben enthielt. Ihr Mann hatte dazu bei seiner gut bezahlten Anstellung als Experte für Tierimpfstoffe und Lebensmittelsicherheit im Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales einigen Betrug veranstaltet und sich selbst Dienstreisen und Ähnliches abgerechnet, die nie passiert sind. Auch wenn das nicht mit einem Scholz mithalten kann, ist es doch wieder ein Beispiel dafür, dass das Hauptproblem der SPD mit der organisierten Kriminalität ist, dass ihre Politbonzen es nicht alles unentdeckt betreiben können. In Fragen der Lehrer, über deren Streik wir bereits berichteten, steht im Koalitionsvertrag: *„Zur Gewinnung, Aus- und Fortbildung von pädagogischem Fachpersonal will die Koalition ‚alle Möglichkeiten ausschöpfen, die einen nachhaltigen Personalaufwuchs ermöglichen‘. Dazu gehört auch eine Verbeamtung von Lehrer:innen. Für diejenigen, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, soll es einen Nachteilsausgleich geben. Um diese Option der Verbeamtung möglichst vielen Lehrkräften zu eröffnen, soll temporär die Altersgrenze der Verbeamtung für Lehrkräfte auf 52 Jahre erhöht werden.“* Von den Forderungen, über die im Kontext der Streiks diskutiert wurde, steht allerdings nichts im Vertrag. Die Gewerkschaft hat auch zum Abschluss der Verhandlungen über Tarifverträge festgehalten, dass sie gar nicht für die Forderungen, wie vor allem kleineren Klassen, streiken dürfen, da dies nicht mit einem Tarifvertrag zu lösen sei.

Einer der wenigen Punkte des Koalitionsvertrags mit konkreten Punkten, bei denen sich die Parteien einig sind, ist der Ausbau der Polizei. So wollen sie neben dem dauerhaften Filmen durch die Polizei bei Streifeneinsätzen, allgemeinem Ausbau der Ausstattung und weiterem, auch *„mehr Personal bei der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen des geplanten Stellenaufwuchses einstellen“* und *„zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz und Ansprechbarkeit [...] die Kontaktbereichsbeamt\*innen auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen, die Fahrradstreifen verdreifachen und auf alle Bezirke ausdehnen.“* Sie wollen also mehr Bullen, die in den Vierteln dauerhaft präsent sein sollen. Dass auch die Linkspartei das mitfordert, obwohl das nicht ihrem „Image“ entspricht, überrascht schon lange nicht mehr. Das passt auch recht gut zu der Aussage einer Linksparteipolitikerin beim Vorstellen des Koalitionsvertrages, dass der geplante Ermittlungsausschuss zu der Nazigruppierung in Neukölln mit offensichtlicher Verstrickung in der Polizei vor allem auch diene, um das Vertrauen in die Polizei wieder zu stärken, und zur Neuaufteilung der Posten, da die Linkspartei nun den Posten für die Justiz dazu bekommen und dort *„die Knäste verschönern“* darf. Dass man stattdessen etwas gegen die Inhaftierung von riesigen Zahlen an Menschen dafür, dass sie Schulden und Bußgelder nicht zahlen können, tun könnte, wenn man tatsächlich fortschrittlich wäre, das fällt ihnen gar nicht erst ein. Ein Beispiel für den Stand dieser Justiz ist auch der politische RAZ/RL/radikal-Prozess. Dieser hatte seine Urteilsverkündung am Anfang Dezember, mit einer Schuldigsprechung für *„psychologische Unterstützung von zwei Brandanschlägen“* und einer Verurteilung zu 18 Monaten auf Bewährung und 360 Arbeitsstunden. Der Prozess war geprägt von Momenten wie dem, dass der Verteidigung Akten nicht geliefert wurden, und *„Beweisen“* wie dem Lesen von Nachrichtenseiten, die über den Fall berichteten, durch den Angeklagten oder durch *„Belege, dass er Bekennerschreiben verschickt habe“*, die sich auf handschriftliche Zettel mit einigen Emailadressen von Redaktionen Berliner Zeitungen beziehen, die dem Angeklagten nicht einmal klar zugeordnet wurden konnten.

Mit dem Koalitionsvertrag untergraben die Parteien auch weiter ihre eigenen Wählerbasen und zeigen erneut, dass es richtig ist, kein Vertrauen in dieses System zu haben. Auch die Vielzahl an Skandalen um die Wahl selbst herum unterstützen das nur noch mehr und zeigen, wie ernst, oder eben auch nicht, selbst dieser Staat seine eigenen Wahlen und vermeintliche Mitbestimmung nimmt. •

## KINDERÄRZTEKNAPPHEIT IN DEN ARBEITERVIERTELN HAMBURGS

„**T**ut uns leid, wir nehmen nur noch Neugeborene auf“ lautet der Satz schon seit Jahren, wenn man in Hamburg einen neuen Kinderarzt sucht. In diesem Jahr allerdings werden selbst die Neugeborenen abgewiesen: „Tut uns leid, wir haben Aufnahmestopp. Wir kommen mit unseren eigenen Patienten kaum hinterher...“

Einige Mütter berichten, dass sie noch vor der Geburt ihrer Kinder im Jahr 2021 im Arbeiterviertel Billstedt mit einer Kinderarztpraxis klar gemacht hatten, dass ihre Säuglinge einen Platz bekämen, doch nach der Geburt habe die Praxis einfach niemanden mehr aufgenommen. Leider auch so in allen umliegenden Praxen. Die Eltern müssen jetzt teilweise in ein anderes Bundesland fahren, um ihre Kinder aus Billstedt behandeln zu lassen. Zudem musste im Sommer eine Kinderarztpraxis im Nachbarviertel Horn schließen, da der Kinderarzt auf dem Weg zur Arbeit verunglückt war. Die meisten Patienten haben keinen Anruf von den Sprechstundenhilfen bekommen und standen bei Terminen vor einer verschlossenen Tür, an der Mitleidsbekundungen in Form von Kinderbildern ehemaliger Patienten und Patientinnen hingen. Auch dieser Kinderarzt betreute etliche Familien aus Billstedt. Im Bereich Hamburg-Mitte, zu dem auch Billstedt gehört, leben ungefähr 49.000 Kinder. Gibt man „Kinderarzt in Hamburg“ auf [hamburg.de](http://hamburg.de) ein, erhält man 208 Treffer, wobei in dieser Zahl auch Kinderfachärzte wie Kinderchirurgen, Kinderherzspezialisten und die einzelnen verschiedenen Abteilungen der Kinderkrankenhäuser eingerechnet sind, die nicht unbedingt regulär als allgemeinbehandelnder Kinderarzt fungieren. Schaut man sich die genannten Praxen also genau an, sind nur 133 Ärzte tatsächlich Kinderärzte außerhalb von Kinderkrankenhäusern und Fachrichtungen. Im Jahr 2020 waren in ganz Hamburg 316.485 Kinder gemeldet. Also sieht die Rechnung erschreckend aus: Jeder dieser 133 Ärzte müsste 2380 Kinder betreuen, damit alle Praxen gleich gut ausgelastet sind.

Billstedt aber ist ein kinderreicher Stadtteil. Hier sind gerade mal zwei Kinderarztpraxen ansässig. In Billstedt hat das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein im Jahre 2020 genau 7.800 Haushalte mit Kindern gezählt. Da es hier selten Familien mit Einzelkindern gibt, handelt es sich um weit mehr als

8.000 Kinder, die auf zwei behandelnde Arztpraxen aufgeteilt werden müssen, das „ProCura Familienmedizinische Zentrum“ und das „Medizinische Versorgungszentrum Mümmelmannsberg“. Nur der Stadtteil Rahlstedt zählt mit 9.750 Haushalten mehr Haushalte mit Kindern. Hier gibt es allerdings neun verzeichnete Kinderärzte und das große Kinderkrankenhaus Wilhelmstift. Ähnlich schlimm wie in Billstedt ist die Situation in Wilhelmsburg. Auch dieser Stadtteil zählt zu Hamburg-Mitte, zählt 5.109 Haushalte mit Kindern und ist mit nur vier Kinderärzten ausgestattet.

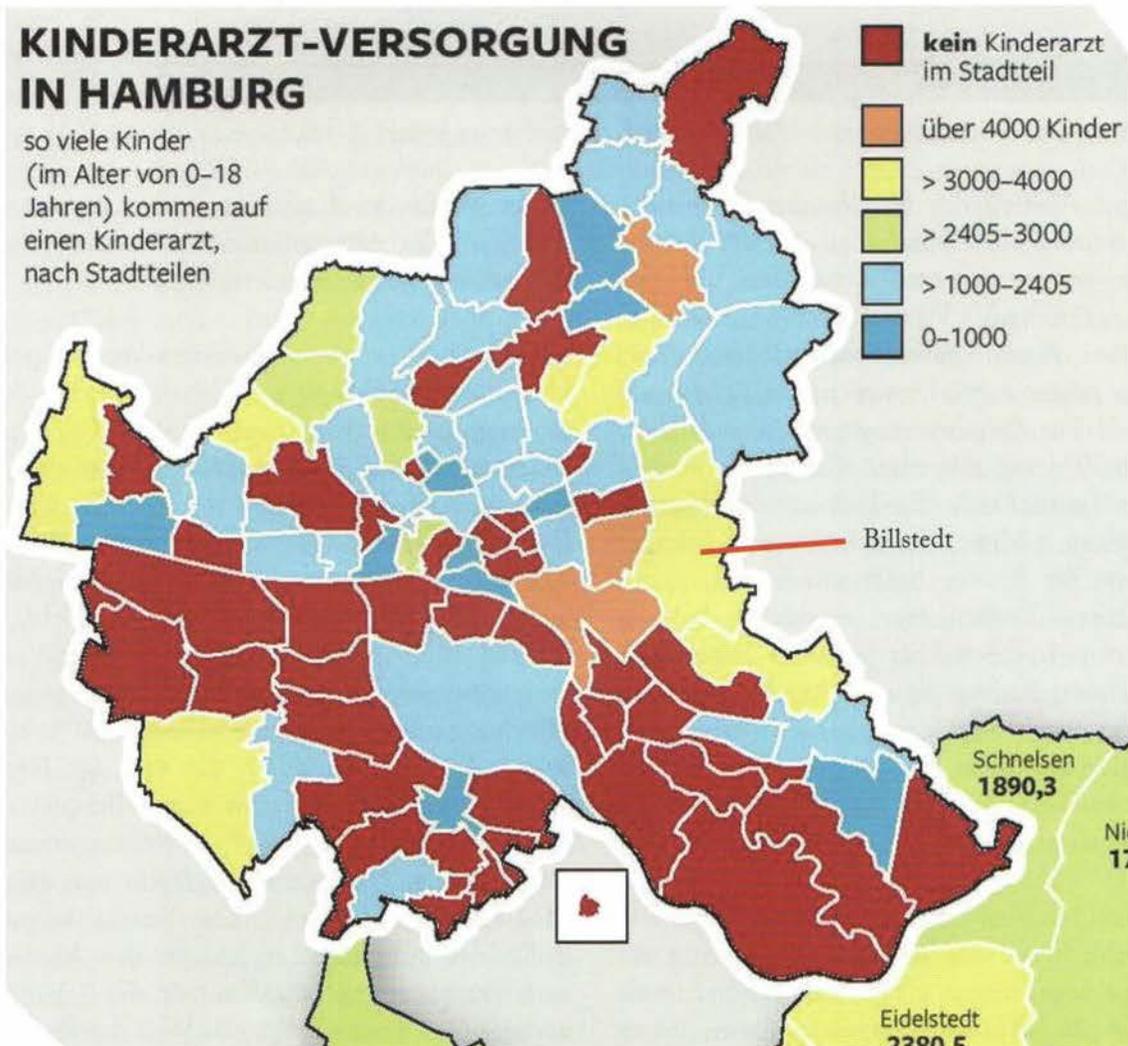
Was bleibt den Eltern übrig, die nun keinen Platz für ihr Kind haben, weil sie neu in einen Stadtteil gezogen sind, oder einen Säugling bekommen haben? Entweder haben die Eltern Glück und verfügen über Wege und Mittel, einen Arzt in einem weiter entfernten Stadtteil aufzusuchen, sie schauen sich im benachbarten Schleswig-Holstein oder Niedersachsen um und gelangen dort zu einem Kinderarzt (diese nehmen in den meisten Fällen auch nur noch Säuglinge auf), oder sie gehen für eine Behandlung ihres Kindes in die Notaufnahme eines der Kinderkrankenhäuser in Hamburg. Oft werden diese auch als Anlaufstelle angepriesen, wenn der behandelnde Kinderarzt im Urlaub ist, da kein Kollege die Vertretung für eine geschlossene Praxis übernehmen kann. Schon 2012 heißt es aus einem Artikel im Hamburger Abendblatt (Hamburger Abendblatt, „Kinderärzte-Mangel führt zu Tortur für Neunjährige“), dass Kinderärzte sich nicht mit dem Arbeiten in einer eigenen Praxis ins Burnout stürzen wollten, sondern lieber im Krankenhaus arbeiteten, da man dort täglich nicht so viele Kinder betreuen müsse, wie in einer eigenen Praxis.

Die für die medizinische Versorgung durch niedergelassenen Ärzte zuständige Kassenärztliche Vereinigung (KV) in Hamburg schafft es nicht mehr, Plätze für Kinderarztpraxen zu schaffen. Das Hamburger Abendblatt hat schon vor zehn Jahren kritisiert, dass die Berechnungen der KV für die Erlaubnis einer Praxisöffnung auf Neugeborenenendaten basieren, die 20 Jahre alt seien. Aber die Geburtenrate und ihre Tendenz steigt. Das heißt, es gibt neue und viel mehr behandlungsbedürftige Kinder unter 18 Jahren, und eine Vereinigung, die die Praxisplätze in Deutschland bestimmt, setzt hier auf eine Fehlplanung. Dabei ist es

die Hauptaufgabe der KV, für eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung in Deutschland zu sorgen. Jeder niedergelassene Arzt in einer Praxis oder dem Krankenhaus, der mit Kassenpatienten abrechnen will, muss der KV angehören. Es ist absurd, dass die KV nicht viel mehr Kinderarztpraxen in Hamburg zulässt. Privatpatienten oder Selbstzahler haben hier einen Vorteil, denn sie können sich auch an Privatpraxen richten. Von denen gibt es nämlich auch welche. Das bedeutet, dass auch beim Thema der medizinischen Versorgung für Kinder in diesem Land die Wohlhabenden klar im Vorteil sind. Aber auch, dass die Ärzte durch die Beschränkung der KV dazu getrieben werden, ihre Praxen als Privatpraxen zu gestalten und exklusiv für Bonzen und Beamten zu öffnen. Denn nur die können es sich leisten, Privatärzte in Anspruch zu nehmen.

Wie sollen Erziehungsberechtigte mit der Situation umgehen, wenn ihr Kind – eines der 316.485 Kinder in Hamburg – Schmerzen empfindet, weint und

leidet und der nächste Arzt eine Stunde entfernt ist und man womöglich nur mit überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihm gelangt? Was mutet der Staat den Kindern in den Arbeitervierteln zu, die mit Kinderärzten unterversorgt sind? Die Gesundheit der Arbeiterklasse wird von politischen Entscheidungen exkludiert. Wir leben in einem herzlosen, anti-Arbeiter System, das im Grunde genommen keiner braucht. Niemand, der ein Kind hat, mit dem er eine Stunde in öffentlichen Verkehrsmitteln ins Kinderkrankenhaus in die Notaufnahme fahren muss, will die Revolution nicht. Wir brauchen ein System, in dem garantiert ist, dass alle Kinder medizinisch gut versorgt sind! Ohne Ausnahme! Die BRD zermürbt die Massen der Arbeiter, sie macht die Eltern und Kinder kaputt, die sowieso schon ausgebeutet werden und gebeutelt sind. Wir müssen uns ein System erkämpfen, in dem es selbstverständlich ist, dass überall medizinische Versorgung und Betreuung für Kinder, Erwachsene und alte Menschen vorhanden ist. •



Die meisten der rot markierten Stadtteile haben wenig Einwohner und sind somit zu vernachlässigen

## DAS ENDE VOM ANFANG



*Markus Anfang: Ein Spaßvogel, der es sich leisten kann*

Seit dem Abstieg des SV Werder Bremen in die zweite Fußballbundesliga in der letzten Saison ist es eher still geworden um den Verein in grün-weiß. Wofür Werder allerdings im November diesen Jahres mal wieder in die Schlagzeilen gekommen ist, ist nicht für Erfolge auf dem Spielfeld. Für Aufsehen sorgte ein „Skandal“, der sich am Spielfeldrand abspielte. Grund hierfür war der Trainer (mittlerweile Ex-Trainer) des Vereins, Markus Anfang. Mitte November wurde bekannt gegeben, dass die Bremer Staatsanwaltschaft gegen Markus Anfang Ermittlungen eingeleitet hat, da er sein Corona-Impfzertifikat gefälscht haben soll. Zunächst bestritt Anfang jegliche Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, bis sie so erdrückend und stichhaltig ans Licht kamen, dass er nur wenige Tage später von seinem Posten als Cheftrainer des SV Werder Bremen zurücktrat.

Der Aufschrei innerhalb der bürgerlichen Presse war riesig. Angeblich soll der Anfang, der gebürtig aus Köln kommt, sogar seinen gefälschten Impfnachweis beim Kölner „2G“-Karneval eingesetzt haben, wo er dann mit tausenden Anderen feierte. Das löste eine

solche Welle der Empörung aus, dass auf einmal sogar in der internationalen bürgerlichen Presse wieder über Werder berichtet wurde.

Ein Cheftrainer eines Zweitliga-Vereins bekommt im Monat ungefähr so viel Gehalt wie viele Arbeiter in einem ganzen Jahr. Auch wenn es keine genauen Angaben der Vereine über die Gehälter der Trainer gibt, wird in Schätzungen von 15.000 bis 20.000 Euro pro Monat gesprochen. Zahlreiche üppige Prämien und Sonderzahlungen für alles Mögliche noch gar nicht mit einbegriffen. Geld dürfte Markus Anfang also keine großen Sorgen machen und somit auch nicht die Strafe, die er wegen der Fälschung nach einer Verurteilung wohl bekommen würde. Die Strafen durch die von der Regierung verordneten Maßnahmen, wie zum Beispiel „Zutritt nur für Personen mit Geimpft- oder Genesenennachweis“ treffen ihn am wenigsten hart. Nicht nur, dass er die Möglichkeit hat, problemlos Strafzahlungen und Bußgelder zu zahlen; er ist von den Maßnahmen auch keineswegs so betroffen, wie die Arbeiterklasse und das Volk in der BRD. Die Welt des Profifußballs scheint bisher sowieso ausgenommen von all den

Maßnahmen, schließlich dürfen Spieler auch ohne Impfung weiter am Spielgeschehen teilnehmen. Wir sind aber durchaus betroffen von den Maßnahmen des Staates. Ein Beispiel ist die 3G-Pflicht in Bus und Bahn, auf die unsere Klasse angewiesen ist. Jeder, der sich nicht impfen lassen möchte, kein Geld für ein Auto hat und mit Bus und Bahn zur Arbeit muss, muss täglich beim Testzentrum in der Kälte anstehen und sich testen lassen. Macht man das nicht, riskiert man ein Bußgeld von 200 Euro. Wie man zum Testzentrum kommt, um sich testen zu lassen, ist dabei ebenso eine Frage, die sich stellt, denn eigentlich darf man ja nur getestet die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Ein Interview vom Bremer Lokalsender „Buten un Binnen“ zeigt diese Misere ganz deutlich:

*„Angie M. aus Bremen-Nord darf sich nicht gegen Corona impfen lassen. Das Risiko wäre aufgrund verschiedener Allergien, unter denen sie leide, zu groß, sagt die 64-Jährige. Ihre Internistin habe ihr daher schon vor einigen Monaten ein entsprechendes Attest ausgestellt. Von der Testpflicht aber ist Angie M. dadurch nicht befreit. Seit die 3G-Regel greift, müsse sie sich beinahe täglich auf Corona testen lassen, etwa um zum Arzt oder zum Reha-Schwimmen fahren zu können, berichtet die krebserkrankte Frau. Ein Auto besitzt Angie nicht, ein Taxi kann sich die Hartz IV-Empfängerin nicht leisten. ‚Ich muss mit dem Bus fahren, um zum Testzentrum zu kommen‘, sagt sie. Der Haken an der Sache: Auch für die Busfahrt benötigt sie einen aktuellen Test.“*

*Angie weiß nicht, wie sie das Problem lösen soll. Sie fühlt sich von der Politik und von den Behörden im Stich gelassen. ‚Ich habe mit dem Ordnungsamt telefoniert, ich habe mit dem Gesundheitsamt telefoniert. Ich habe gefragt: Was soll ich machen?‘ In der Folge hätten sich die Ämter den Schwarzen Peter gegenseitig zugeschoben. Geholfen aber habe ihr niemand, sagt Angie. Wie es für sie weitergehe, wisse sie nicht. ‚Wieso denken unsere Politiker nie an alle?‘ wüsste sie gern.“*

Auch auf der Arbeit besteht die Pflicht, einen 3G-Nachweis zu erbringen, d.h. allein um Geld verdienen zu dürfen, muss man geimpft, genesen oder getestet sein. Probleme, die irgendwelche reichen Fußballer und ihre Trainer nicht haben. Infiziert man sich mit dem Corona-Virus und wird in häusliche Quarantäne geschickt, hat man nicht mal mehr ein

Anrecht auf die Lohnfortzahlung. 14 Tage häusliche Quarantäne in der kleinen Wohnung bedeuten also 14 Tage Ausfall des Lohns. So wird allein auf ökonomischer Ebene deutlich, dass die Maßnahmen nicht alle gleichermaßen treffen.

Auch die Pflicht zur Impfung für alle würde die Situation nicht verbessern. Jetzt, wo die neue Regierung im Amt ist und auch Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sein Amt niederlegen musste, eröffnen sich auf diesem Gebiet neue Wege. Während Spahn ausdrücklich versprochen hatte, dass keine Impfpflicht kommen würde, hat der neue Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) das nicht getan. Olaf Scholz (SPD) – der neue Bundeskanzler – sprach schon an seinem ersten Tag im Amt davon, eine Impfpflicht einführen zu wollen, sollte dies „notwendig“ werden. Formell würde diese Pflicht, sich impfen lassen zu müssen, natürlich für jeden in der BRD gelten. Doch in der Praxis zeigt der Fall von Markus Anfang, dass es für einen Teil der Gesellschaft auch Wege gibt, dies zu umgehen. Wir könnten nur darüber spekulieren, was so eine solide Fälschung eines Impfpass kostet. Wären diese aber so billig und einfach an sie ranzukommen, würden doch viel mehr Menschen mit einem so einem Ding rumlaufen. So ist zumindest davon auszugehen, dass Markus Anfang ein paar Scheine für seine Fälschung auf den Tisch legen musste.

Wie wir schon der letzten Ausgabe unserer Zeitung geschrieben haben, ist der Punkt, warum viele sich nicht impfen lassen wollen, nicht, dass sie alle verrückt sind. Vielmehr fehlt das Vertrauen in das System und in den Staat. Ein System und ein Staat, die, wie die oben zitierte Angie M. aus Bremen-Nord sagt, nicht an alle denken, d.h. nicht allen dienen. So sind auch die Gesetze und Maßnahmen des deutschen Staates ausgelegt. Sie dienen nicht dem Proletariat, sondern der Bourgeoisie. Nur, wenn wir den Kampf gegen dieses ausbeuterische, unterdrückerische System aufnehmen, können wir eine Gesellschaft erkämpfen, die wirklich unseren Interessen dient. •

## DIE AKTUELLE SITUATION DER PFLEGE: BERICHT EINER PFLEGERIN

*Wir veröffentlichen einen Kommentar einer Leserin, die in der Pflege arbeitet.*

**D**er November war in diesem Jahr der „Monat der Pflege“. Weder der Allgemeinheit, noch Pflegern schien die Tatsache groß bekannt. Für Pfleger war weder ihr Ehrenmonat ein Grund zum Feiern, noch waren es die letzten zwei Jahre. Das Gesundheitssystem war vor der Corona-Pandemie schon unterbesetzt; Pfleger sehen sich beinahe täglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, wie auch wöchentlich neuen Hygienerichtlinien seitens Gesetz- oder Arbeitgeber, die teils willkürlich erscheinen und enorme Zeiteinbußen am Patientenbett bedeuten.

Schon vor der Pandemie waren viele Pfleger bereits am Limit. Die Pfleger arbeiten grundsätzlich über die eigene Leistungsgrenze hinaus, Pausen können häufig nicht wahrgenommen werden, außer man vernachlässigt Hilfebedürftige. Grundbedürfnisse können während der Arbeitszeit nur selten erfüllt werden; ganze Dienste werden ohne WC-Gang oder Essen und Trinken absolviert. Die Pfleger sind am Limit, Überstunden gehören zum Alltag, Auszubildende müssen als vollwertige Arbeitskräfte aktiv werden, krankheitsbedingte Ausfälle können nicht kompensiert werden. Der Krankenstand der Pfleger ist herausragend hoch mit starken Tendenzen zur Frühberentung. Aktuelle Studien zufolge denkt inzwischen jede dritte Pflegekraft täglich über den Berufswechsel nach. Im Jahr 2020 haben sich mehr als 9000 Pfleger für diesen Schritt entschieden, genauere Zahlen gibt es nicht. Insgesamt sind 40.000 Pflegestellen aktuell unbesetzt und innerhalb der nächsten zehn Jahre werden laut des deutschen Pflegerates mindestens 500.000 Pfleger pensioniert. Seit mehr als zehn Jahren warnt dieser vor dem Zusammenbruch des Gesundheitssystems, solange es nicht gelingt, Pfleger im Beruf zu halten und neue Mitarbeitende zu gewinnen. Die immense Arbeitsbelastung hat schon vor der Pandemie die Kapazitäten der chronisch unterbesetzten Pflegern übersteigen und wird als häufigster Grund für das frühzeitige Ausscheiden aus dem Beruf angegeben.

In Essen wurden im Laufe der Pandemie zwei Krankenhäuser geschlossen. Klinikdirektoren aus Köln und Hamburg beklagen jetzt schon eine „latente Triage“. Operationen erfolgen nach Lebensnotwendigkeit,

Herzinfarktpatienten warten teils über Stunden auf ein Bett, obwohl davon ausgegangen wird, dass das Gewebe hinter dem Verschluss bereits nach 30 Minuten beginnt, abzusterben. Schlaganfallpatienten werden teils schon nicht mehr aufgenommen, obwohl es sich auch hier um eine tödliche Erkrankung handeln kann, so wie es bei einer Frau in Essen der Fall war. Dem Personal aus dem Gesundheitswesen wird viel abverlangt. Ärzte und Pfleger sind somit nicht nur in ständiger Angst vor einer Infektion, weil sie tagtäglich in Kontakt zu den Erkrankten stehen, sondern sollen zu der steigenden Arbeitsbelastung nun auch über Leben und Tod, über Behandlung und Auslassen dieser entscheiden. Die Krankheitstage der Intensivpfleger mehren sich so stark, dass zum Teil 30 Prozent der Intensivbetten ohne Personal nicht gefüllt werden können. Pfleger scheiden massenweise aus dem Beruf aus und der sich während der Pandemie in Ausbildung befindliche Nachwuchs orientiert sich vor Abschluss beruflich um oder fällt reihenweise durch die Abschlussprüfungen, weil ein Anlernen in der praktischen Arbeit schlicht nicht leistbar ist. Dass, das deutsche Gesundheitssystem brüchig ist, war schon lange klar und die Parteien haben nur eine Pseudo-Umgestaltung gemacht, ohne die Meinung der größten Berufsgruppe des Gesundheitswesens dabei einzuholen.

Als Trost für die Pfleger wurde durch das neue Pflegeberufgesetz die generalistische Ausbildung 2020 eingeführt, um so den Nachwuchs zu sichern. Mit der neuen Ausbildung werden die im europäischen Vergleich unterqualifizierten deutschen Pfleger dann auch in anderen EU-Staaten anerkannt. Mehr Inhalte in der gleichen Zeitspanne von drei Jahren bedeuten ein straffes Programm in den ersten zwei Jahren der gemeinsamen Ausbildung von Kinder-, Alten- und allgemeinen Krankenpflegefachpersonen. Laut des Pflegeverbandes DBfK bricht aktuell jeder dritte Auszubildende noch vor Ausbildungsabschluss ab. In den letzten Examensprüfungen der alten Ausbildung fiel durchschnittlich noch ein weiteres Drittel durch die Prüfungen. Fehlende praktische Anleitung bei der anhaltenden Pandemie wird auch ein Problem für die Generalisten darstellen. Ziel der generalistischen Ausbildung war die Aufwertung des Pflegeberufes

und damit ein Zugewinn an künftigen Pflegekräften.

Den ständigen Forderungen der Pfleger nach Arbeitsentlastung, besseren Arbeitsbedingungen und zusätzlichen Pflegestellen wird hingegen von Seite der Parteien, wenn überhaupt, nachlässig nachgegangen. Die alibimäßigen Tarifstreitigkeiten von Ver.di stellen die Ursachen der eigentlichen Unzufriedenheit der Pfleger in den Schatten. So waren in NRW beispielsweise schon 2019 rund 23.760 Vollzeitstellen in der Pflege unbesetzt. Selbst in den Tarifverhandlungen bleibt Ver.di im Ergebnis deutlich unter den eigentlichen Forderungen zurück, so auch in den letzten Tarifverhandlungen, bei denen die Lohn erhöhungen nicht mal die Inflationsrate abdeckt. Die Klinikbetreiber ruhen sich darauf aus und an den Arbeitsbedingungen der Pfleger ändert sich weiterhin nichts. In den letzten 20 Jahren hat ver.di die Arbeitsbedingungen der Pflege nicht im Ansatz verbessert.

Einige hoffen auf die Einführung der Pflegekammer. In NRW wurde am 24. Juni 2020 das Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalens vom Landtag beschlossen. Die Kammer hat die Möglichkeit, eine Berufsordnung zu erarbeiten, womit sie Einfluss auf Ausbildung und Prüfungsrichtlinien nimmt. Sie sorgt außerdem für die Abnahme der Prüfungen, die aktuell von berufsfremden Ärzten übernommen werden. Die Regelungen und Kontrolle bei Fort- und Weiterbildungen, Erstellung von Gutachten und die Vertretung der Berufsgruppe wären weitere Kompetenzbereiche, die die Pflege selbst übernehmen würde. Es werden Qualitätsstandards erarbeitet und Wege zur Qualitätssicherung geschaffen.

Ver.di behauptet, dass eben diese „hoheitliche Aufgabe“, eine qualifizierte pflegerische Versorgung zu erarbeiten und zu gewährleisten, Aufgabe der Parteien bleiben müsse. Wobei man meinen sollte, dass gerade die Pfleger wissen sollten, was in der Pflege leistbar ist und wie eine adäquate Versorgung aussehen muss. Ver.di positioniert sich damit als einziger Akteur innerhalb der Pflege gemeinsam mit den sogenannten Arbeitgeberverbänden klar gegen die Selbstverwaltung des Standes im öffentlichen Recht durch die Kammer.

Aktuell ist das „lebenslange Lernen“ in der Hol- und Bringepflicht der Pfleger verankert, womit sich jede

Pflegekraft nach dem Ausbildungsabschluss mit der Entgegennahme der Berufsurkunde verpflichtet. Eine Kontrolle gibt es für die Holpflicht an Wissen nicht. Spätestens im stationären Setting fallen dann die Defizite auf, da die meisten Stationen fachspezifisch aufgebaut sind. Durch die Gewöhnung an den Fachbereich gehen andere zuvor theoretisch erlernte, aber selten angewandte Behandlungsmethoden verloren. Während der Arbeit ist keine Zeit für Recherchen, sodass die Pfleger ihr Wissen in der Freizeit erweitern und korrigieren müssten; währenddessen maximiert sich die Bürokratie innerhalb der Pflegetätigkeit. Eine Pflegekraft ist in Deutschland durchschnittlich für 13 Patienten zuständig, die sowieso schon eng bemessene Zeit für Patienten findet weitere Begrenzung durch den zunehmenden Dokumentationsaufwand. Die Definierung der beruflichen Inhalte der Pflege durch die Einführung einer Berufsordnung ermöglicht, Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu artikulieren und zu erkämpfen. Bisher ist es Standard, pflegefremde Tätigkeiten auf die Pflegekräfte abzuwälzen, dies kann durch eine Berufsordnung bekämpft werden. Arbeitsbereiche der Pflege werden festgesetzt und definiert. Forderungen wie Fort- und Weiterbildungen in der Arbeitszeit können verankert werden.

Es gibt viel Kritik an der Einführung der Pflegekammer in NRW, ein großer Kritikpunkt ist die Kammerpflicht für alle ausgebildeten Pflegekräfte und die damit verbundenen Mitgliedsbeiträge, dabei spielt es keine Rolle, ob man in diesem Berufsfeld arbeitet oder nicht. Für die Schaffung dieser Kammer wurden viele Datenschutzrechte ausgehebelt und sensible Daten an die Errichtungskommission geschickt. Die Einführung und die Durchführung der Kammer kommt zu einer Zeit, in der katastrophale Zustände herrschen, und führt zu großen Auseinandersetzungen in dem Berufsstand. Einige Stimmen äußern nun, dass die Parteien bewusst ein Ablenkungsmanöver eingesetzt haben, um von der prekären Situation der Pfleger abzulenken. So wird auf den Kosten der Pfleger und der Gesundheit der Patienten der miserable Status Quo aufrechterhalten, indem verschiedene Teile der Berufsgruppe gegeneinander ausgespielt werden. Dabei sind bestimmte Dinge wie eine Berufsordnung, als auch eine Organisation des Pflegeberufs zur Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen wichtige Schritte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. \*

## BALD ANDAUERENDE RECHTSGRUNDLAGE FÜR AUSGANGSSPERREN?



*Wir veröffentlichen diesen Kommentar eines Lesers aus Baden-Württemberg, auch wenn er über den Rahmen eines Artikels über die Situation in Baden-Württemberg hinausgeht.*

**W**ir alle erinnern uns daran, wie es letztes Jahr den ersten Lockdown gab. Nur vorübergehend und eine einmalige Notwendigkeit sollte er sein. Zumindest laut den regierenden Politikern. Dass dies keine einmalige Geschichte ist, wurde vielen von uns jedoch zu Beginn des zweiten Lockdowns bewusst. Als an vielen Orten noch deutlich härtere Maßnahmen durchgesetzt wurden als zuvor. Nun wird von mehreren Seiten darauf gepocht, den Ausnahmezustand zur Normalität zu machen und eine dauerhafte rechtliche Grundlage für Ausgangssperren und dergleichen zu schaffen.

Die bisherige rechtliche Grundlage für schwere Maßnahmen wie Ausgangssperren und Schulschließungen war die „Epidemische Lage von nationaler Tragweite“. Sie ist Teil des Infektionsschutzgesetzes und gibt den Bundesländern bestimmte rechtliche Befugnisse. Sie kann von der Regierung ausgerufen werden, wenn „die Weltgesundheitsorganisation eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen hat und die Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit in die BRD droht“ oder, wenn „eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik Deutschland droht oder stattfindet.“ Um gültig zu sein, muss sie alle drei Monate vom Bundestag verlängert werden. Nun hat der Bundestag

sie am 25. November auslaufen lassen, wodurch Maßnahmen wie Ausgangssperren nur noch bis zum 15. Dezember möglich sind und danach nicht mehr einfach so von Bundesländern beschlossen werden können. Die Grün-Schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg pocht jetzt allerdings darauf, weiterhin eigenständig Ausgangssperren verhängen zu dürfen, was eine dauerhafte rechtliche Grundlage erforderlich macht.

Wie in den letzten zwei Jahren üblich, wird alles begründet mit der Pandemie. Mit einer steigenden Hospitalisierungsrate, den hohen Inzidenzen, und, weil die Regierung uns ja angeblich nur schützen möchte. Aber glauben wir ihnen das? Dieser Staat war schon immer ein Instrument der herrschenden Klasse, um ihre Macht aufrecht zu erhalten. Wir wissen doch, dass sie sich noch nie um unsere Interessen, sondern nur um ihre Profite geschert haben. Wieso sollte es jetzt anders sein? Was nun im Interesse der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie ist, ist, einen starken Staat zu haben, welcher die Ordnung im Inneren gut aufrecht erhalten kann, indem er aufkeimende Rebellionen und Widerstand zerschlägt. Dafür spielt der Ausnahmezustand eine bedeutende Rolle, welcher stets gerechtfertigt wird mit der Pandemie. Schon zu Beginn der Pandemie wurden die Bullen mit neuen Befugnissen ausgestattet und unsere demokratischen

Rechte angefangen, auszuhebeln. Wenn nun eine dauerhafte juristische Möglichkeit für die Ausrufung von Ausgangssperren durchgesetzt wird, haben wir ein wichtiges Grundrecht dauerhaft verloren.

Was aktuell aber auch zu sehen ist, ist, dass die Regierung nicht einfach so einen weiteren kompletten „Lockdown“ durchsetzen kann. Sie sehen, dass in verschiedenen Ländern um uns herum große Ausschreitungen und Kämpfe gegen die sogenannten „Covid-Maßnahmen“ entstehen und sie wissen, dass dies auch in Deutschland geschehen kann, wie auch unter anderem schon zu sehen war in Stuttgart, Frankfurt, Göttingen, Augsburg und Hamburg. In einzelnen Gebieten wurden Ausgangssperren ausgerufen, welche lediglich für Ungeimpfte gelten. Auch in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens wurden Maßnahmen beschlossen, welche nur Ungeimpfte von der Teilnahme an diesem ausschließen. Dass diese Maßnahmen nicht zentral, sondern nur in einzelnen Landkreisen durchgesetzt werden und dass sie nicht alle, sondern nur einen Teil des Volkes treffen, hat zwei Gründe. Zum einen minimiert eine solche Zersplitterung das Risiko von großen Unruhen, weil nicht alle Menschen überall, sondern nur ein Teil an unterschiedlichen Orten davon betroffen ist. Zum anderen dient dies aber auch, in Kombination mit der 3G-Regel im öffentlichen Verkehr und Arbeitsplatz, den 2G-Regeln in Kneipen, Veranstaltungen und Restaurants, und den verschiedenen medialen Diskussionen und Äußerungen, der Spaltung des Volkes in Geimpfte und Ungeimpfte. Wir sollen uns gegenseitig die Köpfe wegen der Impfung einschlagen, anstatt gemeinsam gegen Entlassungen und Kurzarbeit zu kämpfen. Und natürlich werden Entlassungen und Kurzarbeit in Zukunft weiter zunehmen, denn die Wirtschaftskrise wird von den Bonzen durch Kurzarbeit und Entlassungen auf unseren Rücken abgewälzt.

Verschiedene Stimmen in der Politik sprechen davon, dass es ja notwendig wäre, die Grundrechte der Menschen (aktuell vor allem die der Ungeimpften) einzuschränken, doch es geht ihnen nicht um Infektionsschutz. Was nützen denn Ausgangssperren, wenn wir uns Tag für Tag in überfüllten Straßenbahnen zur Arbeit schleppen müssen? Angeblich haben wir ja „alle die Verantwortung, die Ausbreitung der Pandemie zu verhindern“, aber die Verkehrsunternehmen und die Betriebe haben diese offensichtlich nicht. Es wird auch immer wieder davon gesprochen, dass die Situation in den Krankenhäusern so katastrophal

ist. Aber auch wenn das immer wieder behauptet wird, ist dies nicht die Schuld der Ungeimpften! Das deutsche Pflegesystem ist schon lange Zeit vor Corona absolut am Limit gewesen. Und hat das die Politiker interessiert? Nein, lediglich als Corona dann ausbrach, wurden lobende Worte auf das Pflegepersonal verkündet und dazu aufgerufen, auf dem Balkon zu klatschen. Aber hat der Staat irgendetwas an der Situation in den Krankenhäusern geändert? Nein! Es gibt vielleicht ein paar mehr Intensivbetten, dafür aber an vielen Orten nicht genügend Personal, um diese zu nutzen. Die Situation in den Krankenhäusern war schon seit Jahren katastrophal, doch mit der Pandemie hat sich diese noch enorm verschärft. Eine Kollegin aus der Pflege berichtet, dass die Arbeitsbedingungen sich bei ihnen seit Beginn der Pandemie enorm verschlechtert haben und dass seitdem keine Verbesserung in Sicht ist. Der Staat hätte das Gesundheitssystem ausbauen können. Dass die Pandemie andauert und die Inzidenzen im Winter hoch werden, war dieses Jahr auf jeden Fall keine Überraschung. Aber eine Verbesserung im Gesundheitswesen wurde nicht vorgenommen. Stattdessen wurde Corona als ein Vorwand genutzt, um den ohnehin schon viel zu niedrigen Personalschlüssel auszuhebeln. Die Schuld daran, dass nun Menschen elendig in den Krankenhäusern verenden, tragen nicht die, die nicht geimpft sind, sondern diejenigen, welche mit der Gesundheit der Menschen Profite machen.

So versucht der Staat also, den Ausnahmezustand zur neuen Normalität zu machen und die Maßnahmen, die unsere Freiheit rauben, dauerhaft ausrufen zu können, während er gleichzeitig dafür sorgt, dass wir uns gegenseitig bekämpfen, damit wir nicht geeint zusammenstehen können. Darum bleibt nur zu sagen, dass wir uns nicht an der Nase herum führen lassen dürfen. Was zählt ist nicht der Impfstatus, was zählt ist die Klasse, zu der man gehört. Wir sind die Arbeiterklasse in diesem Land. Wir sind diejenigen, die den Reichtum schaffen, von dem die Bonzen leben, wir sind es, auf die sie ihre Krisen abwälzen, um ihre Profite zu behalten, und wir sind es auch, die von diesem Staat unterdrückt werden, wenn wir aufstehen und uns dagegen wehren. Dieser Staat hat nichts, aber auch absolut gar nichts mit unseren Interessen gemein. Und wenn dieser nun meint, unsere Rechte angreifen zu müssen, müssen wir gemeinsam dagegen kämpfen. Denn ob wir Arbeiter nun geimpft sind oder nicht, ausgebeutet und unterdrückt werden wir alle. •

## KURZGESCHICHTE: TAGEBUCH EINES HILFSHANDWERKERS

### 04. JANUAR

In all seiner Großzügigkeit hat uns die Firma mit Beginn des neuen Jahres den Stundenlohn um 20 Cent erhöht. Allein die Preise für eine Fahrt mit der U-Bahn sind zeitgleich um zehn Cent gestiegen. Das durfte ich heute morgen auf dem Weg in die Stadt erfahren, wo sich unsere neue Baustelle befindet: Karstadt. Die wollen mit ihrer Süßwarenabteilung aus der dritten Etage ins Untergeschoss umziehen. Dafür sollen unten neue Fliesen rein, oben soll der Boden wohl auch bald gemacht werden, und die Wände sowieso an beiden Orten neu gestrichen werden. Schön billig bitte – da bietet sich unsere Firma an, ein paar Maler- und Fliesenlegergesellen und eine Handvoll „Hilfsarbeiter“ wie mich, die für weniger Kohle die gleiche Arbeit machen. Außer freitags kannst du bei uns eigentlich nicht damit rechnen, eher als eine Dreiviertelstunde nach offiziellem Feierabend nach Hause zu können. Wir müssen schon eine Menge reißen, und ich frage mich manchmal, ob das überhaupt Not tut. Die neue Baustelle ist besonders stressig, weil im Kaufhaus andauernd Leute um einen herumwuseln. Heute mussten wir auf jeden Fall eine knappe Stunde überziehen, weil die Kaufhausleitung ankam und entschieden hat, dass der Boden hinter der Verkaufstheke doch auch noch rausgerissen und dann später neugemacht werden soll.

### 13. APRIL

Ich und meine Kollegen haben nicht schlecht gestaunt, als wir heute morgen auf dem Weg in die Firma den Anruf bekommen haben, dass wir zu Karstadt ins Untergeschoss sollen. Die Sache war doch fertig, oder nicht? Angekommen haben wir dann erfahren, dass auch schon der Rest fertig eingerichtet war und im Laden ganz normal verkauft wurde. Aber anscheinend zu wenig, weil zu wenig Leute ins Untergeschoss gehen wollen. Unattraktiv oder abwegig oder so. Ein Kollege von mir hat angemerkt, dass man es doch so lassen soll und wenn die Leute sich nicht übermäßig viel und teuer Zucker reinpfeifen wollen, sie doch nicht

trotzdem dazu motivieren muss. Aber nein, Karstadt hat entschieden: Die Süßwarenabteilung soll ins Erdgeschoss verlegt werden. Problem: Da, wo sie hin soll, ist jetzt gerade die Bücherabteilung. Es soll ganz einfach getauscht werden; mit den Büchern haben sie hier in der Innenstadt wohl eh zu große Konkurrenz durch die Buchhandlungen, sodass deren Abteilung eher zweite Liga ist, weshalb die auch in das verlassene Untergeschoss kann. In der Bücherabteilung ist allerdings Laminat und das geht anscheinend für die Süßwarenabteilung überhaupt nicht klar, da wollen die unbedingt Fliesen haben. Also muss der ganze Spaß völlig neu aufgerollt werden. In der Mittagspause wurde ein Witz nach dem anderen darüber gemacht, aber ich finde, so viel zu lachen gibt es daran eigentlich gar nicht. Ich hätte gerne mal eine Stunde mehr Zeit für meine Familie oder Freunde, anstatt hier wieder für nichts zu schuften; dafür, dass es dann nach kurzer Zeit wieder zurückgebaut wird.

### 26. APRIL

Wir waren schon ziemlich gut mit der Sache vorangekommen, als der Chef unseren Vorarbeiter heute kurz vor Feierabend angerufen hat. ‚Kneif mich!‘, hab ich gedacht, aber die meinen das tatsächlich ernst: Weil Karstadt und Galeria Kaufhof schon vor einiger Zeit fusioniert haben, muss die Süßwarenabteilung schon wieder umziehen, denn im Erdgeschoss wird jetzt die Herrenjackenabteilung mit wichtigem Kram aus dem Galeria-Sortiment erweitert. Ratet wohin. Genau, zurück ins 3. OG. Jetzt müssen wir unsere Arbeiten hier abbrechen (wie das dann hier weitergeht, ist noch nicht klar) und bringen die Süßwarenabteilung damit auf den Stand, in dem sie letztes Jahr war, bevor wir Hunderte von Arbeitsstunden für ihr tolles Projekt gemacht haben. Denn die Fliesen oben vom letzten Jahr hatten wir ja im Januar rausgenommen und die müssen wir jetzt auch wieder neu machen. Ich habe auch gehört, dass bei Kaufhof nebenan die Süßwarenabteilung, die vor zwei Jahren feierlich eingeweiht wurde, auch abgebaut werden soll – weil der ganze Laden dicht macht. Da haben wohl andere auch das gleiche Los

wie wir hier gezogen. Dazu über hundert Leute, die ihren Job verloren haben. Und das alles nur wegen der Konkurrenz zwischen diesen großen Unternehmen, die alle mit dem Verkaufen von Sachen Geld machen wollen. Wegen solchen Sachen müssen die fusionieren, Geschäfte neu öffnen und gleich wieder schließen und so weiter. Anstatt dass alle an einem Strang ziehen und man nur etwas macht, wenn es tatsächlich auch gebraucht wird. Einmal schmeißen die nur wie wild mit Geld um sich, andererseits hoffen die aber auch, dass sich ihr Geschäftsertrag damit verbessert. Sagen wir es so – man muss in diesem System immer auf dem allerneusten Stand sein, um mithalten und sich von der Torte weiter ein Stück abschneiden zu können, aber der allerneuste Stand ändert sich ja die ganze Zeit. Die Leute, die sich um die Torte streiten, sind halt ziemlich gefräßig.

## 15. NOVEMBER

Klammheimlich hat im Sommer im Untergeschoss von Karstadt neben der Buchabteilung ein großer Supermarkt eröffnet, und schon ist da unten die Hölle los. Das hat mir eine Kollegin auf der ersten Fahrt zu Karstadt seit dreieinhalb Monaten heute morgen erzählt, wobei ich ja schon eigentlich nur noch mit einem halben Ohr inhöre, wenn es zu dem Thema kommt. Ich mach einfach, was die mir sagen. Aber lange lass ich mir das nicht mehr gefallen. Lange Rede, kurzer Sinn: Nachdem wir diesen ganzen Mist mit dem Umbau im Erdgeschoss und dem dritten Obergeschoss fertig hatten, dachten wir, dass wir dort jetzt wirklich durch sind, aber der Besucherandrang im Untergeschoss durch den Supermarkt macht den Betrieb der Süßwarenabteilung da unten wieder mehr als rentabel. Also darf das wieder neu gemacht werden – denn: Auch die Buchabteilung hat den Boden in der Zwischenzeit gegen Laminat austauschen lassen und dazu die Wände noch ocker angestrichen – ein No-Go für das Süßwarengeschäft. Man verspricht uns, dass das nun das letzte mal sei, dass die Abteilung umziehen muss. Meinen Chef würden ein paar weitere Umzüge sicher nicht stören – alles gute Aufträge, alles gutes Geld. Als die Leiterin der Buchabteilung sich dann kurz vor Feierabend beschwert hat, dass die Hand voll mit Farbe ist, wenn man die Wand anfasst, hat es mir echt gereicht.

## 23. DEZEMBER

Großzügigerweise haben wir heute schon um 12 Uhr Feierabend bekommen – ohne, dass uns die Stunden abgezogen werden. Anstatt uns noch hier weiter zwischen den sich im mit Weihnachtsschmuck zugeklatschten Süßwarengeschäft tummelnden Last-Minute-Weihnachtsbummlern für die letzten Tapezierarbeiten – die jetzt wohl auch nicht mehr so eilen – rumzuquälen, sollen wir die Möglichkeit bekommen, unsere 100 Euro Weihnachtsgeld gleich hier in der Innenstadt für die Geschenke für unsere Liebsten auszugeben. Ich will hier aber nur noch weg, so schnell wie möglich raus aus diesem hässlichen Kaufhaus. Ich habe das ganze Jahr lang wie wild geschuftet, aber einen tatsächlichen Nutzen hat es in viele Fällen gar nicht. Natürlich im Allgemeinen schon, denn wir Arbeiter sind doch diejenigen, die diese Welt aufgebaut haben und stets weiter bauen. Aber wir arbeiten viel zu oft einfach für Sachen, die gar nicht gebraucht und gleich wieder rückgängig gemacht werden. Das setzt dem ganzen Mist, den man hier so über das Jahr erlebt, die Krone auf. Ich hatte eine Zeitlang dieses Jahr das Gefühl, dass ich der einzige bin, den das stört, aber das stimmt ganz und gar nicht. Ich habe in den letzten Wochen viel mit meinen Kollegen darüber geredet, und sie sind wie ich der Meinung, dass in diesem System einige Dinge so doll schief laufen, dass es auf Dauer nicht überlebensfähig sein kann. Ich meine, da muss doch etwas im tiefsten Kern total verkommen sein, wenn man von Jahr zu Jahr mehr Arbeit macht, die einfach völlig nutzlos wird und man selbst am Ende zum Teil noch wieder abreißen muss. Ein guter Kollege von mir, der glaube ich Kommunist ist, hat das als „Anarchie der Produktion“ oder so bezeichnet und mir außerdem vor drei Tagen ein Buch von Lenin in die Hand gedrückt. Das ist der, der die Oktoberrevolution in Russland angeführt hat. Auch wenn das Buch schon über 100 Jahre alt ist, scheinen sämtliche Ausführungen darin, die ich bis jetzt gelesen habe, auch immer noch auf unsere Situation heute zuzutreffen. Was mich darin besonders beeindruckt hat, ist, wie er erklärt, dass dieses System ein sterbendes System ist. Genau das ist ja auch der Eindruck von mir und meinen Kollegen. Seit ich angefangen habe, dieses Buch zu lesen, glaube ich fest daran, dass es eine Alternative zu diesem uneffektiven, maroden System, in dem wir leben, gibt. In Russland haben sie das auf jeden Fall kurze Zeit, nachdem dieses Buch erschienen ist, erreicht. •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## TERMINE IM JANUAR

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

**LENIN-LIEBKNECHT-LUXEMBURG-DEMONSTRATION (LLL)**  
09. JANUAR, 10 UHR | FRANKFURTER TOR, BERLIN

## LOKALE KONTAKTE

### **BADEN-WÜRTTEMBERG**

Freiburger revolutionäre Studiengruppe |  
[fr-rev-studiengruppe@tutanota.com](mailto:fr-rev-studiengruppe@tutanota.com)

### **BERLIN**

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### **BREMEN**

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rjk.bremen@gmx.de](mailto:rjk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### **HAMBURG**

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rotes\\_frauenkomitee\\_hamburg@gmx.de](mailto:rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de)

### **NRW**

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### **DAS TITELBILD**

Landesweite Streiks von tausenden Bergbauarbeitern von elf Kohleminen aus Bosnien und Herzegowina gegen Hungerlöhne und Entlassungen am 23. November 2021.

**ROTE  
POST** 